

**Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin**

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales	Drucksachen-Nr. 297/2003
Mitteilungsvorlage	<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
	<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich
für die Sitzung des ▼	Sitzungsdatum
Hauptausschusses	27.5.2003

Tagesordnungspunkt

Bericht aus dem Ausländerbeirat

Inhalt der Mitteilung:

Die Sitzung fand am 8.4.2003 statt.

Bedeutung der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Integration

Herr Anton Rütten, Gruppenleiter im Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW informierte den Ausländerbeirat über die Aktivitäten des Landes hinsichtlich der Integration Zugewanderter, vorschulische Maßnahmen (in Zusammenarbeit mit der RAA - Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien –, die auch in Bergisch Gladbach ansässig ist), Sozialberatung sowie Förderung von Integrationshilfen.

Herr Rütten referierte des weiteren über den Inhalt der Zuwanderungsberichte, die in regelmäßigen Abständen erstellt werden, und über die Tätigkeiten des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten, der vom Landtag Nordrhein-Westfalen als bisher einziger derartiger Ausschuss eines Landesparlaments eingerichtet wurde.

Der Ausschuss befasst sich mit Fragen der sozialen, kulturellen und politischen Integration aller Zuwanderergruppen in Nordrhein-Westfalen, die legal für längere Zeit oder auf Dauer im Land leben, und zwar unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Er bereitet die politische Willensbildung des Parlaments bei der Entwicklung und Umsetzung von migrationspolitischen Maßnahmen vor, die sich an Gleichstellung orientieren und Diskriminierungen unterbinden sollen. Die Integration der ausländischen Mitbürger und der deutschen Spätaussiedler sieht der Ausschuss als vorrangige landes- und gesellschaftspolitische Aufgabe an, wobei das Gebot der Akzeptanz als Leitziel der gesamten Integrationspolitik verstanden wird.

Auf Initiative des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten wurde im Herbst 2001 der fraktionsübergreifende Antrag „Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen“ vom Landtag verabschiedet, ein Konzept für eine dauerhafte und erfolgreiche Integration.

Hinsichtlich der Zukunft der Ausländerbeiräte führte Herr Rütten aus, dass es trotz Neufassung und Präzisierung des § 27 GO NW (Ausländerbeiräte) zu einer effizienteren Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten, insbesondere aus Nicht-EU-Staaten in vielen Fällen noch nicht gekommen ist. Daher wurden im Rahmen der Experimentierklausel nach § 126 GO drei Kommunen ermächtigt, einen Ausschuss für Zuwanderer- und Integrationsangelegenheiten (Stadt Solingen), einen Beirat für Zuwanderer und Integration (Stadt Duisburg), bzw. einen Ausländerbeirat mit erweiterten Kompetenzen (Bonn) einzurichten, um zu testen, wie die politische Partizipation der betroffenen Bevölkerungsgruppen verbessert werden kann. Die Erfahrungen der kommunalen Modellversuche sind noch nicht ausgewertet, ein Trend ist daher noch nicht ersichtlich.

Sobald das Ergebnis der Evaluation vorliegt, wird es den Ausländerbeiräten frühzeitig zur Kenntnis gebracht. Inzwischen hat die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA) jedoch bereits einen eigenen Vorschlag zur Änderung des § 27 GO vorgelegt, der sich z.Z. ebenfalls in der Diskussion befindet.

Die in der Erprobung befindlichen unterschiedlichen Modelle von Ausländerbeiräten wurden mit Herrn Rütten erörtert. Eine Einschätzung darüber, welches Modell letztlich zum Tragen kommen könnte oder sollte, mit welchem Ergebnis eine verbesserte Partizipation am ehestens zu gewährleisten wäre, und ob eine Änderung der Gemeindeordnung vor der nächsten Kommunalwahl überhaupt in Angriff genommen wird oder politisch gewollt ist, wurde nicht getroffen..

Der Ausländerbeirat vertritt jedoch die Auffassung, dass das seit vielen Jahren praktizierte „Modell Bergisch Gladbach“, nämlich die Einbindung von Vertreterinnen und Vertretern politischer Parteien des Stadtrates über eine Liste des Ausländerbeirates (Internationale Liste) auch wesentlich dazu beiträgt, dem Ausländerbeirat in den politischen Gremien der Stadt größeres Gewicht zu geben.

Dialog zwischen den Religionen

Auf Einladung des Ausländerbeirates wurde das „Forum am Montag“ vorgestellt, ein Angebot der Evangelischen Kirchengemeinden Refrath und Kippekausen für Vorträge und Diskussionen, insbesondere für Frauen. Der Wunsch, mit muslimischen Frauen ins Gespräch zu kommen, dabei Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszustellen und über das Wissen von- und übereinander Missverständnissen vorzubeugen, trifft sich hierbei mit einer ähnlichen Initiative des Ausländerbeirates.